

mittendrin

Ausgabe 05 / 2019 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

„Das laute Berlin“ gegen die Immobilienlobby

Unterschriftensammlung für „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ gestartet

Mehr als 40.000 Menschen gingen Anfang April unter dem Motto „Markt Macht Armut – Wohnen ist Menschenrecht“ auf die Straße, um für einen radikalen Kurswechsel in der Wohnungspolitik, die Enteignung profitorientierter Wohnungsunternehmen und für gemeinwohlorientierte Lösungen der Wohnungsfrage zu demonstrieren. Zeitgleich startete die Unterschriftensammlung für die Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. Binnen weniger Tage waren bereits mehr als 20.000 Unterschriften für den Antrag auf ein Volksbegehren gesammelt.

Die Initiative, die anstrebt, private Immobilienunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen zu vergesellschaften und in gemeinwohlorientierte Verwaltung zu überführen, nimmt also stark an Fahrt auf. Unterdessen steht ihren Gegner*innen immer mehr der Schaum vorm Mund. Bei einer Podiumsdiskussion im April polterte Deutsche-Wohnen-Vorstandschef Michael Zahn in Richtung der Initiative: „Das, was Sie hier zeigen, das ist das hässliche Berlin, das ist das laute

Berlin. Und das ist das unseriöse Berlin. Und das ist das Berlin, das meines Erachtens keine Zukunft hat.“ (Berliner Zeitung vom 11.4.).

Deutlich perfider geht Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller vor, der sich nicht einmal für Nazi-Vergleiche zu schade ist: „Ist die Initiative erfolgreich, werden jüdische Eigentümer in Deutschland möglicherweise zum zweiten Mal enteignet.“ (Interview im Tagesspiegel vom 25.3.).

Am stumpfsten aber agiert erwartungsgemäß die FDP, die heldenhaft die bedrohte Immobilienindustrie gegen die bösen Mieter*innen verteidigt. In einem Bundesparteitagbeschluss von Ende April wird dreist gelogen: „Das von der Initiative ‚Deutsche Wohnen & Co enteignen‘ angestrebte Volksbegehren ist verfassungswidrig“ – dabei wissen die Pseudo-Liberalen sehr genau, dass die angestrebte Vergesellschaftung durch Artikel 15 des Grundgesetzes ermöglicht wird. Dementsprechend fordert die FDP dann auch die Streichung genau dieses Artikels, um das Grundgesetz marktkonformer zu machen.

Die Angriffe zeigen, dass die Enteignungsinitiative in die richtige Richtung weist.

Wenn der Immobilienlobby und ihrer parlamentarischen Vertretung in den neoliberalen Par-

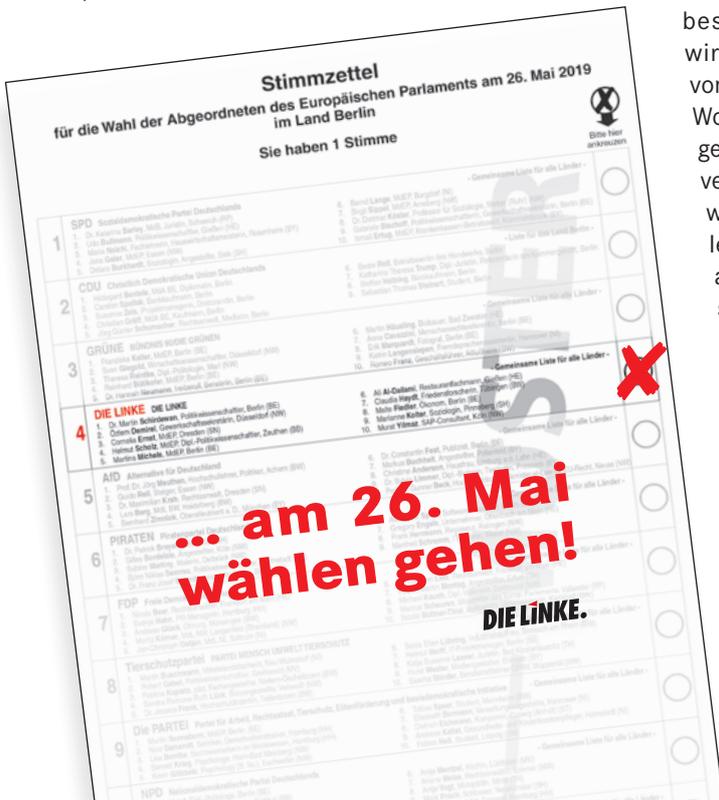


40.000 Menschen gingen in Berlin für bezahlbaren Wohnraum auf die Straße

teien nichts mehr einfällt als Diffamierungen und Verfassungsänderungen, um missliebige politische Forderungen auszuschalten, dann haben sie offensichtlich keine Argumente. Um die Initiative langfristig zum Erfolg zu führen, wird ein langer Atem nötig sein. DIE LINKE. Berlin hat daher auf ihrem Landesparteitag Ende 2018 beschlossen, die Initiative zu unterstützen und sich aktiv in deren Arbeit einzubringen. So können in sämtlichen Berliner Geschäftsstellen und Wahlbüros der Partei Infomaterialien bezogen und ausgefüllte Unterschriftenlisten abgegeben werden, und in vielen Kiezen werden von den Bezirksverbänden bereits Infoveranstaltungen angeboten. Auch auf der Linken Kinonacht am 24. Mai wird eine Podiumsdiskussion zum Thema angeboten. Mehr Informationen gibt es unter www.dielinke.berlin/dw-enteignen.

Markus Wollina

DIE LINKE.
Bezirksverband Mitte



Geisterstädte in den Innenbezirken?

„Bauen, Bauen, Bauen“ ist das Mantra der SPD, der Baulobby und der Kapitalwirtschaft. Die Behauptung: Der Berliner Wohnungsmarkt ist aus dem Gleichgewicht, die Nachfrage nach Wohnungen ist größer als das Angebot, deshalb steigen die Mieten und die Kaufpreise. Wenn man mehr baue und das Angebot erhöhe, dann würden die Preise wieder sinken.

Der große Fehler in dieser Behauptung ist, dass es sich um eine Nachfrage nach Wohnungen handle, die die Mieten und Preise in die Höhe treibe. Das ist aber falsch. Es ist eine Nachfrage nach Kapitalanlagen. Kapitalanlagen sind aufgrund niedriger Zinsen extrem nachgefragt. Betongold gilt als sichere Anlage, es ist etwas Handfestes im Gegensatz zu den Finanztricks, die zur Finanzkrise 2008 geführt haben. Und diese Nachfrage ist so gewaltig, dass man Berlin zehnmal zubauen könnte und man würde

sie nicht befriedigen können. Und die Logik von Kapitalanlagen ist eine gänzlich andere als die Logik von Wohnungen.

Wenn man eine Kapitalanlage anstatt einer Wohnung besitzt, macht es Sinn, sie leer stehen zu lassen. So wie es bei hunderten Wohnungen in Alt-Mitte auf dem ehemaligen Mauerstreifen der Fall ist: Ruhige Kapitalanlagen, die 360 Tage im Jahr leer stehen, weil man keinen Bock auf nervige Mieter hat und trotzdem vervierfacht sich der Wert in 10 Jahren – egal, dass man dabei Geisterstädte erschafft.

Wenn man ein Wohnhaus als Kapitalanlage hat, dann macht es Sinn, die Wohnungen darin aufzuteilen und für 3800 € den Quadratmeter zu verkaufen, wie es die Deutsche Wohnen im Brunnenviertel in der Usedomer Straße gerade tut.

Als Kapitalanleger macht es Sinn, Modernisierung durchzuführen, die die Miete

von 500 € auf 1500 € hochtreiben, damit Zahnärzte in Schleswig-Holstein eine auskömmliche Rente haben.

Solange Kapitalanlagen anstatt Wohnungen entstehen, sorgt Neubau nicht für neue Wohnungen für Berliner*innen.

Der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ ist, genauso wie die Überlegungen für einen Mietendeckel, der Versuch, Wohnungen wieder zu Wohnungen zu machen und den Kapitalmarkt aus dem Grundbedürfnis Wohnen hinauszuerwerfen. Nur wenn man Wohnungen langfristig der Kapitalmarktlogik entzieht, kann man sicher sein, dass Neubau auch den Berliner*innen zu Gute kommt.

Die einzige Partei, die dafür kämpft, ist DIE LINKE. Darum ist es wichtig, ihr die Stimme zu geben und sie auch bei der kommenden Europawahl zu wählen.

Andreas Böttger

Blick aus dem Amt

Die Meinungen der Stimmlosen – U18-Europawahl und Symbolwahl für Migrant*innen

Am 26. Mai 2019 sind viele Menschen des Bezirks aufgefordert, sich an den Wahlen zum Europäischen Parlament zu beteiligen. Aus 40 Parteilisten können stimmberechtigte Bürger*innen des Bezirks eine auswählen, von deren Programm sie überzeugt sind und von der sie sich vertreten fühlen.

Von dieser Wahl ausgeschlossen sind alle jungen Menschen des Bezirks unter 18 Jahren und alle Menschen, die keine Bürger*innen der Europäischen Union sind. Ihnen bleibt die Möglichkeit zur politischen Partizipation verwehrt. Durch das geltende Wahlrecht bleiben sie lediglich Adressaten und Objekte politischer Entscheidungen ohne tatsächliche Mitwirkungschancen.

Nicht zuletzt deshalb wurden vor einigen Jahren die U18-Wahl und die Symbolwahl für Migrant*innen eingeführt. Anlässlich der bevorstehenden Europawahlen werden beide Wahlprojekte auch dieses Jahr durchgeführt.

Die U18-Europawahl ist ein Projekt der politischen Bildung, das im Bezirk vom Moabit Ratschlag koordiniert wird und an dem verschiedenste Akteure der Jugendarbeit,



Ramona Reiser, Stadträtin für Jugend, Familie und Bürgerdienste

des Vereinswesens und aus dem schulischen Bereich mitwirken. Den jungen Menschen des Bezirks soll damit die Möglichkeit gegeben werden, ihre Stimme symbolisch abzugeben und sich Gehör zu verschaffen. Neben der Stimmabgabe bietet das Projekt Raum für die Auseinandersetzung zu Themen wie Demokratie und Mitbestimmung.

Organisiert von einer Vielzahl diverser Akteure konnte bereits ein bunter Strauß

verschiedener Formate verwirklicht werden und zahlreiche weitere Veranstaltungen werden noch stattfinden. Im Zentrum steht der U18-Wahltag: am 17. Mai 2019 wird in den teilnehmenden Einrichtungen die Stimmabgabe erfolgen.

Noch vor der Wahl wird am 14. Mai der zentrale Aktionstag #euechtjetzt von 12-18.00 Uhr am Jugendaktionsraum JARA direkt hinter dem Fernsehturm stattfinden.

Alle jungen Menschen des Bezirks sind herzlich eingeladen, sich am U18-Projekt zu beteiligen und zu zeigen, dass sie eine Meinung haben und sie sich sehr wohl Gehör verschaffen können.

Ramona Reiser

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de



Brutaler Polizeieinsatz gegen Teilnehmer*innen der 1. Mai-Demonstration 1929 in Berlin

Barrikaden in Berlin – Der „Blutmai“ 1929

Der 1. Mai 1929 markiert eine tiefe Zäsur in der komplizierten Beziehungsgeschichte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der Weimarer Republik. Von nun an waren alle Versuche, gemeinsam gegen die Rechtsentwicklung und das Abgleiten in einen autoritären Staat vorzugehen, gravierend belastet. Was war geschehen?

Demonstrationsverbot

Der 1. Mai war in der Weimarer Republik kein gesetzlicher Feiertag. Dennoch fanden anlässlich dieses „Kampftages“ traditionell zahlreiche Versammlungen, Demonstrationen und Kundgebungen der Gewerkschaften und Arbeiterparteien statt. Für den 1. Mai 1929 hatte die KPD zu Massendemonstrationen überall in Deutschland aufgefordert. Alle Aufzüge waren polizeilich genehmigt worden – mit der Ausnahme Berlins. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Karl Zörgiebel verfügte mit der Rückendeckung des gleichfalls der SPD angehörenden preußischen Innenministers Albert Grzesinski, das am 13. Dezember 1928 erlassene Demonstrationsverbot für Berlin nicht aufzuheben. Die Erbitterung unter den Kommunisten war groß. Anfang April beschloss die Partei, Maikomitees zu gründen und das Demonstrationsverbot zu ignorieren, ungeachtet eines in der Presse publizierten „warnenden Aufrufs“ Zörgiebels.

32 Todesopfer

In Neukölln, Stadtmitte, Friedrichshain und im Wedding formierten sich Demonstrationen mit tausenden Teilnehmern. Die Po-

lizei machte nicht nur vom Gummiknüppel, sondern auch von der Schusswaffe Gebrauch. In der Kösliner Straße, am Hackeschen Markt und in der Hermannstraße wurden Barrikaden errichtet. Die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Polizisten zogen sich bis zum 3. Mai hin. Die Bilanz war erschreckend: Auf Seiten der Demonstranten zählte man 32 Tote, darunter 7 Frauen sowie Hunderte Verletzte. Mehr als 1.000 Personen wurden verhaftet. Nicht wenige der Getöteten waren unbeteiligte Passanten oder Hausbewohner, die durch Schüsse auf Balkone und Fenster getötet worden waren. Das jüngste Opfer war die 16-jährige parteilose Arbeiterin Klara Kowalski, die einen Pistolenschuss in den Rücken erhielt. Das älteste Opfer war der 79-jährige, ebenfalls parteilose Rentner Karl Felsch. Zwei der Getöteten waren Mitglieder der SPD, einer gehörte der USPD an, einer war in der KPD und im Roten Frontkämpferbund organisiert. Alle anderen waren parteilos. Auf Seiten der Schutzpolizei gab es 13 Verletzte.

Vertuschen, lügen und verbieten

Das Berliner Polizeipräsidium stellte in seinen Berichten die Dinge auf den Kopf. Angeblich hätten Demonstranten das Feuer auf die Polizei eröffnet, die wiederum nur „Schreckschüsse“ abgegeben hätte. Die KPD habe in Wahrheit nicht demonstrieren, sondern einen „bewaffneten Aufstand“ durchführen wollen. Schon schnell wurde klar, dass mit diesen absurden „Argumenten“ die große Zahl der Getöteten nicht zu er-

klären war, zumal sich unter ihnen kein einziger Polizist befand.

Allerdings war der Anlass gegeben worden, um am 2. Mai die „Rote Fahne“ für drei Wochen zu verbieten. Verbote für weitere KPD-Zeitungen folgten. Am 4. Mai richtete Reichsinnenminister Severing ein Schreiben an alle Länderregierungen mit der Aufforderung, den Roten Frontkämpferbund aufzulösen.

Am 7. Mai jubilierten die „Deutschen Führerbriefe“, eine streng vertrauliche Korrespondenz für „Führungskräfte“ in der Wirtschaft, herausgegeben von Paul Silverberg, Vizepräsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie: „Wie wertvoll, dass es überall fast sozialistische Polizeipräsidenten sind, die heute die Verantwortung für Ordnung und Sicherheit tragen. Wir fürchten, die Autorität des Staates hätte es noch schwerer in der öffentlichen Meinung, wenn ihre Verteidigung in der Hauptsache in den Händen zwar sachkundiger, aber überwiegend rechtsstehender Polizeioffiziere läge.“

Innerhalb der KPD und ihrer Anhängerschaft gewann nach den Erfahrungen des „Blutmai“ die von Anfang an falsche und politisch überaus schädliche „Sozialfaschismusthese“ wachsende Zustimmung. Insofern hatten die Ereignisse am 1. Mai 1929 Wirkungen, die sich in den darauf folgenden Jahren als Hemmschuh für ein gemeinsames Handeln der KPD und SPD gegen die wachsende faschistische Gefahr erweisen sollten.

Reiner Zilkentat

Menschen in Mitte

Gerhard Hiller – Voller Optimismus und guter Laune

100 Jahre alt

„Immer Optimist und neugierig bleiben und sich nicht unterkriegen lassen“ ist Gerhard Hillers Lebensprinzip – und das noch zu seinem 100. Geburtstag am 8. Mai. „Dieser Grundsatz hat mir immer geholfen, in guten wie in schlechten Zeiten“, betont er



Gerhard Hiller

schmunzelnd. „Und so habe ich es als Arbeiterkind geschafft, Prof. Dr. der politischen Ökonomie zu werden.“

1919 in Magdeburg als Sohn eines Mechanikers geboren, wuchs er im thüringischen Zella-Mehlis auf.

Aus der Realschule wurde der neunjährige Gerhard geworfen, weil er ein Roter Jungpionier war. 1933 beging er heimlich die Jugendweihe. Stolz zeigt er Fotos von seiner vom Hitlerfaschismus verbotenen Roten Sportgruppe. Selbst in den Schützengräben des verhassten Krieges in Polen, Estland und vor Leningrad macht er seinen Kameraden Mut zum Überleben. „Der Hiller kennt immer einen Witz“, sagte man damals.

Aus dem Krieg zurückgekehrt trat er sofort in die KPD ein, die sich bald im Os-

ten Deutschlands mit der SPD vereinte, wurde Mitglied des Antifaschistischen Jugendausschusses. Dessen thüringischer Landesvorsitzender, der Kommunist und Journalist Kurt Goldstein, bis 1978 Intendant des Deutschlandsenders und der Stimme der DDR, erkannte seine Fähigkeiten und sorgte für ein Stipendium der Volkswirtschaft an der Jenaer Universität. Im Abendstudium holte er parallel das Abitur nach. 1949, im Gründungsjahr der DDR, geht er als Diplom-Volkswirtschaftler zur Verwaltungsakademie in Forst Zinna und danach nach Potsdam zur Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften. „Zu unseren Absolventen gehörten Politiker, Diplomaten, sogar der DDR-Botschafter in Washington und prominente Journalisten“, betont er. Sein Wissen und seine Erfahrungen vermittelt er auch am Institut und der späteren Akademie für Gesellschaftswissenschaften unter der Leitung des prädestinierten Rektors Otto Reinhold sowie an der Parteihochschule der SED.

„Am liebsten war ich bei den Studenten in den Seminaren“, erinnert er sich gern. Er schreibt Bücher, eines über die Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus wird sogar ins Russische und Tschechische übersetzt. Keine Versammlung seiner Basisgruppe 409 der LINKEN in der Mollstraße, in der er viele Jahre mit seiner Frau und drei Kindern wohnte, versäumt Gerhard Hiller. Im Seniorenheim „Domicil“ am Weidenweg ist er als einer der Ältesten der Vorsitzende des Bewohnerbeirates für die 180 Insassen. „Wenn ich meine Mitbewohner zum Lächeln bringen kann, macht mich das glücklich“, sagt er. Täglich liest er das „Neue Deutschland“. An seinem kleinen Schreibtisch schreibt er Aphorismen und Anekdoten aus seinem reichen Leben.

Worüber würde er sich zu seinem 100. Geburtstag besonders freuen? „Über einen deftigen Berliner Zwiebelbraten und eine Stulle mit frischem Hackepeter“, antwortet er prompt. Er hat noch so viele Ideen für weitere Jahre nach der 100. Unser herzlicher Glückwunsch zu einem so reichen und wertvollen Leben!

Matthias Herold

Kurznachrichten

➤ **Die Ostsee bekommt einen kleinen Bruder – den Ostsee**

Der See entsteht im stillgelegten Tagebau Cottbus Nord, der nun gefüllt wird – von der Spree und aufsteigendem Grundwasser. Das kann dauern, ungefähr bis 2025. Dann wird der Ostsee der größte See Brandenburgs sein – zweieinhalb mal so groß wie der Berliner Müggelsee, aber in der Mitte nur 2,70 Meter tief.

➤ **Polen will noch keinen Euro**

Die eigene nationale Währung Zloty sei für das Land vorteilhafter. Ministerpräsident Morawiecki und Parteichef Kaczynski (PiS) sehen den Zeitpunkt für den Euro-Beitritt „wenn wir ein annähernd gleiches Wirtschaftsniveau wie Deutschland haben“, erklärte Kaczynski in einer vom Fernsehen übertragenen Rede.

➤ **Mount Everest wird neu vermessen**

Die erste Messung war 1954 von indischen Behörden mit 8848 Metern gemessen worden. Nach schweren Erdbeben 2014 und 2015 könnte die Höhe geschrumpft sein. Nepals Behörden haben einen Gutachter und drei Sherpas zur Neuvermessung entsandt.

➤ **Dax-Konzerne mit Rekord-Dividenden für 2018**

28 der 30 größten deutschen Konzerne können 36,5 Milliarden Euro als Dividenden an ihre Aktionäre verteilen. Die Gewinne erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr (nach Steuern!) um zehn Prozent auf 84,5 Milliarden Euro.

➤ **Windkraftwerk „Arkona“ in Betrieb**

Die Anlage liegt in der Ostsee zwischen den Inseln Rügen und Bornholm. Sie hat die Kapazität, etwa 400.000 Haushalte mit elektrischer Energie zu versorgen. Die notwendigen Stromtrassen werden bereits ausgebaut.

Hände weg von Venezuela und den anderen progressiven Regierungen Lateinamerikas !

Cuba Si, die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, das Netzwerk Kuba, weitere Solidaritätsorganisationen, die „Junge Welt“ laden zu einer Solidaritäts-Großveranstaltung gegen die Sanktionen, Putschversuche und Militärdrohungen gegen die rechtmäßige, gewählte Regierung von Nicolas Maduro ein. Eingeladen werden auch die von BRD-Außenminister Maas zum selben Zeitpunkt nach Berlin zusammengeholten Außenminister Lateinamerikas (außer Venezuelas und Kubas)

**Dienstag, 28. Mai 2019, 19.00 Uhr,
URANIA Berlin
An der Urania 17, 10787 Berlin**

Bei anderen gelesen

► Und wieder teuer

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen lässt die Zeugen zur Berateraffäre für deren Auftritt vor dem Untersuchungsausschuss wiederum teuer beraten. Für den rechtlichen Beistand plant das Ministerium ein Budget von 80000 Euro. Als Grund für die teure Rechtsberatung nennt das Ministerium, dass die aussagenden Mitarbeiter schutzbedürftig seien. So solle verhindert werden, dass sich die Zeugen selbst belasten und später strafrechtlich oder disziplinarisch belangt werden können. „Der Spiegel“ Nr. 10, 02.03.2019

► Fehler von damals eine Chance für heute?

Massenarbeitslosigkeit, Zukunftsangst und der Niedergang ganzer Regionen, all das hatte einen Namen und trägt ihn bis heute: Treuhand-Anstalt, Synonym für den eiskalten Kapitalismus, der auf Freiheits-Freuden-Taumel der Nachwendezeit folgte und bis heute in den Augen vieler Ostdeutscher der Beleg dafür ist, wie der Westen dem Osten sein System gnadenlos übergestülpt hat. Manches von der Wut und der Schmach ist verblasst, die Betroffenen sind jenseits der 80, und ihre Kinder sind in die Fremde gezogen.

„Der Tagesspiegel“ 24.04.2019

► Taktisches Wahlmanöver

Seit Monaten laborieren die erstarkenden Rechten an einer kompletten neuen Parteienfamilie, die neue „Europäische Allianz der Menschen und Nationen“. Sie haben sich auf einen Kompromiss geeinigt, der unter den anderen Rechtsparteien kaum konsensfähig sein dürfte. Der plötzliche demonstrative Schulterschluss soll vor allem in den kommenden Wahlkampfwochen helfen. Wem an Europa etwas liegt, wird es begrüßen, wenn es den Rechten nicht gelingt, diese Differenzen zu überwinden. Möglich ist aber, dass sie diese aus strategischen Gründen überwinden, denn zu gewinnen, ist für die Rechten viel. Statt zersplittert auf drei Fraktionen, will sie künftig in einer Fraktion auftreten, die größte im neuen Parlament werden. „taz“, 09.04.2019

„AmMa 65“: Eine Hausgemeinschaft als Netzwerkerin

Die Hausgemeinschaft „AmMa65“ (Amsterdamer/ Ecke Malplaquetstraße) im Wedding hat bereits eine bewegte Geschichte. Als das Haus im Jahre 2015 an einen Immobilieninvestor verkauft wurde, entwickelte sich aus Protest eine immer enger zusammenwachsende und gut organisierte Hausgemeinschaft, die unter anderem gemeinsame Hoffeste durchführte und Kontakte zu anderen Hausprojekten und zu gemeinwohlorientierten Akteuren geknüpft hat.

Dadurch ist das Hausprojekt inzwischen bekannt geworden. Es ist geübt im „Netzwerken“: zum Beispiel war die AmMa Gründerin von „Zusammen für Wohnraum“ im Wedding; weiter ist die AmMa vernetzt mit dem „Bündnis gegen Verdrängung und Mietwahn“ sowie mit dem „Alternativen Wohngipfel“ für Verbände und Gewerkschaften.

Von Anfang an setzte sich die Hausgemeinschaft für Selbstverwaltung und ein gemeinwohlorientiertes Finanzierungsmodell ein. Zum Beispiel in einem Brief an den

am 1. Weihnachtstag 2018 erreichte: Mähren hatte das Haus doch noch an die stadtseigene Wohnungsbaugesellschaft „Stadt und Land“ verkauft.

Sandrine Woinzeck, Bewohnerin und Sprecherin von „AmMa65“, berichtet deswegen von einer großen Erleichterung: nun müssten die Mieter*innen nicht mehr permanent Angst um ihre Wohnungen haben.

Allerdings würden sie lieber selbstverwaltet wohnen. Sie hatten unter anderem mit den Stiftungen „Nord-Süd-Brücken“ und „Umverteilen“ über eine Übernahme des Hauses in Eigenregie verhandelt. Die kommunale Wohnungsbaugesellschaft „Stadt und Land“ hat sich bisher noch nicht genauer zu den Selbstverwaltungs-ideen der Bewohner geäußert.

Als Hausgemeinschaft hat die „AmMa65“ jede Menge an Erfahrungen auf dem Gebiet des Vorkaufsrechts, bei den Problemen von Milieuschutzgebieten, der Bildung von Hausprojekten sowie bei Öffentlichkeitsarbeit ganz allgemein und möchte diese Erfahrungen auch gern weitergeben unter: www.amma65.de oder kontakt@amma65.de



Die Bewohner*innen der AmMa65 vor ihrem Haus
Amsterdamer 14 / Ecke Malplaquetstraße 25

Investor Jakob Mähren, in dem betont wird, dass das Haus nicht nur als bezahlbarer Wohnraum, sondern auch als Anlaufpunkt für Initiativen im Kunst- und Kulturbereich erhalten werden soll, wofür die Bewohner*innen ehrenamtlich gekämpft haben.

Das war vor gut einem Jahr, als das Haus ein weiteres Mal verkauft worden war. Anschließend wären die Bewoh-

Rainer Scholz

BÜRGER*INNENDIALOG

Katharina Mayer

Mitglied der Linksfraktion in der
BVV Berlin Mitte lädt ein

JEDEN 2. FREITAG IM MONAT

16:00 – 18:00 Uhr

im LINKSTREFF

Malplaquetstr. 12
13347 Berlin - Wedding

Frühes Ahnen, spätes Wissen

Alle reden übers Wohnen. Doch das Bauen dauert. Die Natur blüht, weiße Sneaker sind in, verliebt ins heutige Berlin füllen nicht nur Touristen Hof- und Straßencafés. Zurück aus Londons City wirkten Bürgersteige und Fahrbahnen plötzlich menschen- und autoleer, öde, ärmlich, ungeliebt, ungepflegt. Dort schoben tausende E-Busse neben Autos durch enge Straßen, drängten Menschenmassen in und aus der „Tube“, der dortigen U-Bahn, sah ich vom Bus-Oberdeck erste Reihe Leute dicht an dicht eilen, Busse seitenverkehrt schlängeln, helle Häuser, die an gute frühere Zeiten erinnern. Wie aus dem Nichts tauchen jetzt gewichtige Hochhäuser auf. Londons Silhouette ist verändert. Schockierend bleiben die Preise, aber die Parks und Grünanlagen sind eine Augenweide.

Nach Einbruch der Dämmerung werden sie verschlossen. Londons Mitte wirkt diskret. Dafür sorgen auch Herren in hellem Hemd und Anzug, bei Kälte mit Schal. In Berlin-Mitte ist dieser Typ jünger und gegen Mittag zwischen Friedrichstraße und Unter den Linden unterwegs. In Londons City stehen nach Feierabend große und kleine Gruppen, auch Frauen, mit dem Bierglas in der Hand vor den Pubs. Gewohnt wird in Vororten. Brexit hin oder her. Londons his-

torisches Stadtgefüge und Bevölkerungsmix, altmodischer Charme, leichte Exzentrik, heimische Küche und kulinarische Highlights – all das beeindruckt mich. In Berlin-Mitte ist Bier billiger, auch das Wohnen, Neu- und Umbauten werden auch sozial geplant, es muss verdichtet und aufgestockt werden, doch ein demokratisches Wenn und Aber hemmt diese Entwicklung trotz der jährlich 40 000 Neuberliner. Wie bisher ist Oranienburger Nummer 46/47 unbewohnt, auch Sophienstraße 34, in der Kleinen Auguststraße steht auch ein Haus leer... Am Ende des Umbaus der Kinderplansche Nordbahnhof gibts weiterhin kein öffentliches WC, was nicht nur Kinderbedürfnisse zum öffentlichen Ärgernis macht. Und dann die Ampelschaltungen!

Der rot-grün-rote Rhythmus Rosenthaler-, Acker- und Torstraße, Weinbergsweg und Hackescher Markt ist weder menschen- noch autogerecht, was kreischende Bremsen, klingelnde Bahnen, fluchende Rad- und Autofahrer, rennende Touristen, irritierte Senioren belegen. Das heutige urbane Leben schafft neue Gewissheiten. Widerstrebende Interessen sind multipliziert. In London gibts die teure Auto-Maut. Da wird gadenlos elektronisch erfasst und sanktioniert, wer



Bares für Rares

ohne fährt. Das frühe Ahnen geht dem späteren Wissen voran. Wie bereitet sich Berlins politische Mitte praktisch auf den bereits stattfindenden Umbruch in der Lebensqualität vor? Ich kann das nicht erkennen.

Irene Runge

Keine Werbung der Bundeswehr an Berliner Schulen!

Der SPD-Landesparteitag Berlin hat Ende März 2019 ein „Werbeverbot für alle militärischen Organisationen an Schulen“ beschlossen. Das ist ein kluger Beschluss und DIE LINKE Berlin-Mitte begrüßt es ausdrücklich, dass zukünftig die sogenannten „Jugendoffiziere“ der Bundeswehr nicht mehr einseitig für den Soldatenberuf werben sollen. Die Umsetzung dieses SPD-Beschlusses in das Schulgesetz für das Land Berlin wird sicher nicht an der LINKEN-Abgeordnetenhausfraktion scheitern. Schon 2010 hatte der ehemalige Berliner Landesvorsitzende der LINKEN, Stefan Liebich, sich gegen das Auftreten der gut ausgebildeten Jugendoffiziere an Schulen ausgesprochen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die UNO-Kinderschutzkonvention unterschrieben, die auch den Schutz von Kin-

dersoldaten vorsieht. Nach wie vor können Minderjährige mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten in die Bundeswehr eintreten. Die dürfen zwar nicht an Wahlen zum Bundestag teilnehmen und auch nicht alleine Autofahren, werden aber bei der Bundeswehr auf dem Soldatenberuf vorbereitet.

Gerne wird das Argument vorgebracht, die Bundeswehr wäre ja eine Parlamentsarmee. Sicher ist es ein Fortschritt, dass in der Bundesrepublik das Parlament über die Militäreinsätze entscheidet. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass seit 1992 bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr über 110 Soldatinnen und Soldaten ums Leben gekommen sind bzw. getötet wurden. Dabei spielt es für die Angehörigen keine Rolle, ob gefallen für „Kaiser und Vaterland“ oder für Parlament und Oberbefehlshaberin

„von der Leyen“. Aus der Rolle von Deutschland in zwei Weltkriegen leitet sich eine besondere Verpflichtung für den Frieden ab. Deshalb müssen das aktuelle Aufrüsten gestoppt und alle Auslandseinsätze der Bundeswehr beendet werden.

Derzeit hat sich die Situation bei den Ausbildungsplätzen entspannt. Niemand ist mehr wegen des Mangels an Perspektiven zu einer Berufsausbildung bei der Bundeswehr gezwungen. Dieses darf nicht durch verstärktes einseitiges Werben der Bundeswehr bei den vorwiegend Minderjährigen an Schulen unterlaufen werden. Der besondere Schutz von Jugendlichen beinhaltet auch, dass man sie so lange vor der Werbung für die Armee bewahrt, bis sie in der Lage sind, für sich selbst zu entscheiden, ob sie den Beruf des Soldaten mit all seinen Risiken ergreifen wollen.

Thomas Licher

Aus dem Abgeordnetenhaus

Was der Brexit für Brit*innen in Berlin bedeutet

Im Februar kam ein Bürger aus dem Wedding zu mir in die Sprechstunde. Er ist mit einer Engländerin verheiratet, deren Arbeitgeber in Manchester sitzt und zu welchem sie aus Berlin regelmäßig reisen muss. Zudem wohnt ihre Familie in Manchester, die sie besucht. Ihr Mann zeigte mir ein Schreiben der Berliner Ausländerbehörde für den Fall eines unregelmäßigen Brexit. Im Kern sieht diese vor, dass ab dem Brexit eine Drei-Monats-Frist mit dem Recht zum Aufenthalt läuft, innerhalb derer alle in Deutschland lebenden Britinnen und Briten sich um einen dauerhaften Aufenthaltstitel bemühen

können. Aber es stand auch darin, dass die einseitige Erklärung der Bundesregierung zu dieser dreimonatigen Übergangsfrist kein Recht zur Wiedereinreise nach Deutschland beinhaltet.

Mein Kollege Carsten Schatz, Sprecher für Europapolitik, und ich nahmen dies zum Anlass, mal vom Senat zu erfahren, was britische Staatsbürger*innen in Berlin im Falle eines harten Brexit zu erwarten hätten. Mittlerweile hat sich die Lage durch die Verschiebung des Brexit-Termins auf Ende Oktober etwas entspannt. Aber deutlich wurde, dass viele Fragen von Aufenthalt, Reisefreiheit, aber auch Arbeitserlaubnis für die 18.000 in Berlin lebenden Britinnen und Briten nach wie vor ungeklärt sind. (Abgeordnetenhausdrucksache 18/17968).

Die Europäische Union und mit ihr insbesondere die europäische Freizügigkeit für Menschen sind inzwischen eine vor allem für junge Menschen selbstverständliche Realität. Für unseren Bezirk, in dem etwa ein Viertel der Bewohner*innen keinen deutschen Pass hat, gilt das erst recht. Seit 2010 ist die Zahl der EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in Berlin wohnen, um 100.000 auf knapp 250.000 gestiegen.

Die Debatte um den Brexit hat den Menschen in Europa deutlich vor Augen geführt, welche dramatischen Folgen ein Auseinanderbrechen der EU für jeden ganz persönlich haben kann. In Großbritannien

wurde aus mehr oder weniger populistischen Motiven ein Volksentscheid knapp



zugunsten des Ausstiegs entschieden. Mittlerweile haben sich laut Umfragen die Mehrheiten dort geändert, weil die Bürger*innen merken, dass man nicht zu einem imaginären Punkt in der Vergangenheit zurückkehren kann und Nationalismus kein Zukunftsprojekt ist.

Wir als LINKE haben vieles am jetzigen Zustand der Europäischen Union zu kritisieren. Viel zu spät wurde erkannt, dass Europa vor allem ein solidarisches und soziales Projekt sein muss. Dafür setzen wir uns ein – in Brüssel und Strasbourg, aber auch in Berlin. Aber der Grundgedanke, dass es gemeinsam in Europa besser geht, dass wir Frieden wollen. Der steht nicht zur Diskussion. **Tobias Schulze**

BÜRGERBÜRO BLUHM – SEIDEL – WOLF
 Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
 Telefon (030) 22 49 45 77
 kontakt@carola-blum.de / www.carola-blum.de
 Sozial- und Mietenberatung
 Do 17-18 Uhr: 23.5. / 13.6. / 27.6.

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion der „mittendrin“

Wahlkreisbüro Tobias Schulze,

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Tegeler Str. 39

13353 Berlin – Wedding

Tel.: 030 – 547 13 449

(Bus 142 Kiautschoustraße, S- und U-Bahnhof Wedding, U-Bahnhof Amrummer Straße)

buero.schulze@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Dienstag, Donnerstag 10 – 15 Uhr

Mittwoch 13 – 18 Uhr

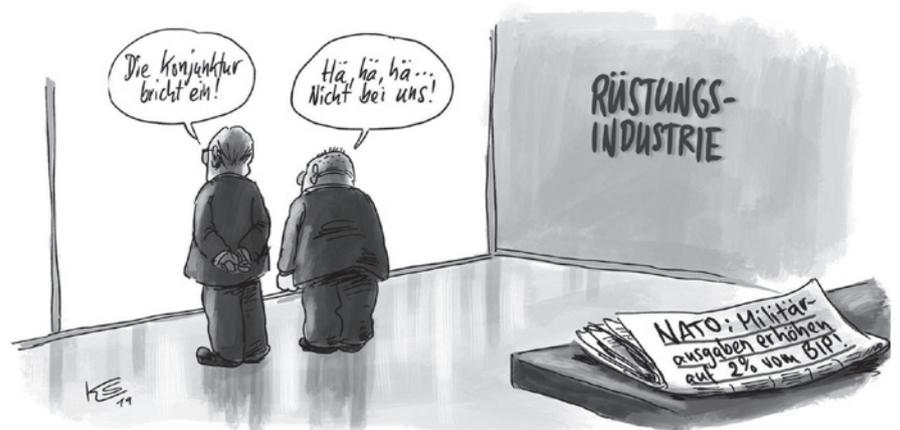
Und nach Vereinbarung!

www.sprengbuero.de

www.tobiasschulze.berlin

Twitter: @sprengbuero

Karikatur: Klaus Stuttmann



Das ist das Letzte

Wie schön, dass wir das erleben: Freitags streiken unsere Kinder oder Enkel dafür, dass wir die vielbesungene „Berliner Luft“ – ohne ihre vielen giftigen Beimengen – noch möglichst lange aushalten können! Da geht es also nicht nur um die Zukunft der Kinder auf diesem Planeten. Es geht ebenso um die Zukunft der Generation 50-plus. Und das nicht nur in Berlin, sondern in fast allen Großstädten der Welt. Nach diesem „Rippenstoß“ sollten wir am 26. Mai einen „Soli-Marsch“ mit allen Wahlberechtigten zusammen zur Europa-Wahl organisieren!

Was sollen unsere Kinder sonst denken, wenn sie erfahren, dass auf der letzten Sitzung des Europa-Parlamentes die konservative Mehrheit mit 328 Stimmen gegen 231 beschlossen hat, 13 Milliarden Euro für die Förderung von Rüstungsprojekten zu zahlen. Da werden Projekte für Arbeit, Bildung, Wohnung, Kultur und Kommunikation reduziert, um mit dem gleichen Geld Kampf-Drohnen, Jagdbomber und Panzer mit noch höherer Vernichtungskraft zu produzieren. Was soll dieser Wahnsinn? Ist das nicht ein Grund mehr, die 231 Stimmen der Vernunft um 100 Stimmen stärker zu machen am 26. Mai bei der EU-Wahl?

Die Europäische Union droht auseinanderzubrechen. Der nationale Egoismus wirkt wie eine Infektionskrankheit. Da gibt es kriminelle Strukturen, die im Auftrag der Konzerne mit Lobbyisten, Beratern und Bestechungs-Deals das Parlament der EU entmachten. Das dürfen wir nicht hinnehmen. Das muss sich ändern, damit Europa sozial, gerecht und friedfertig wird. Die Europawahl gibt uns die Chance, wenn wir LINKS wählen! Zeigen wir unseren Kindern und Enkeln, dass wir keine bequemen, verkalkten Greise sind: Am Sonntag, den 26. Mai 2019 für die Zukunft von Jung und Alt!

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Serinek / Druckerei Gottschalk, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. **Redaktionsschluss:** 30.04.2019

Ausgabetag für Nr. 06/2019 – 06.06.2019

LINKE KINONACHT 2019

EUROPA – DU HAST DIE WAHL!

24. MAI
19 Uhr im ZK/U
Zentrum für Kunst und Urbanistik
Siemensstrasse 27
10551 Berlin

FILME
KURZFILME
Aus Europa, über Europa, für Europa

KONZERTE
VIZEDIKTATOR
PTK
TORO.CAMINO

DJ
KAKAOKATZE
KC BOUNCE

ALLE INFOS UNTER
www.linkekinonacht.de

EINTRITT FREI!

PODIUMSDISKUSSIONEN
DISKUSSION ZUR EUROPA-WAHL
mit Klaus Lederer
Martin Schirdewan
Spitzenkandidat der LINKEN zur EU-Wahl

DEUTSCHE WOHNEN & CO ENTEIGNEN
mit Katrin Lompscher
Rouzbeh Taheri
Mitinitiator des Volksentscheides
Andrej Holm
Stadtsoziologe

Wir machen Europa sozial

Freitag, 24. Mai 2019

16.00 bis 18.00 Uhr,

Alexanderplatz (Weltzeituhr)

mit Gregor Gysi, Martin Schirdewan, Özlem Demirel, Martina Michels, Bernd Riexinger, Petra Pau, Katina Schubert und Klaus Lederer

Musik von Berlin Boom Orchestra

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE – mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- an jedem **ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin – und
- an jedem **dritten Mittwoch des Monats** im Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin.

an jedem ersten, dritten und fünften Mittwoch des Monats

kostenlose Beratung zu Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht durch die **Rechtsanwälte Nina Jenny Soest und Christian Wisch** von 17.00 bis 19.00 (keine Anmeldung erforderlich)

LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

Wir gratulieren im April nachträglich zum Geburtstag!

- zum 70. Heinz Gehde
- zum 75. Heidemarie Braun
- zum 80. Günter Andrae
- zum 81. Peter Lewerenz, Käthe Ortleb
- zum 82. Rainer Köhler
- zum 84. Lieselotte Thiel, Elisabeth Weiß
- zum 85. Edeltraut Aurich, Horst Giese
- zum 86. Egon Knoll
- zum 87. Brigitte Rohland
- zum 89. Erwin Gürnth, Steffi Schuster
- zum 90. Eva Tägtmeyer
- zum 91. Werner Lemm, Siegfried Zachmann
- zum 92. Hilde Hartitz

Wir gratulieren im Mai zum Geburtstag!

- zum 75. Horst Bartsch
- zum 80. Johann Gross
- zum 81. Dieter Ziegelitz
- zum 82. Gert Schulze
- zum 83. Bettina Beisert, Gisela Rademacher
- zum 84. Doris Rabe, Absjörn Andersen
- zum 85. Herbert Schulze
- zum 86. Manfred Maser
- zum 87. Holger Petersen
- zum 88. Ingomar Klein, Horst Rost, Peter Urchs
- zum 89. Ruth Claus, Ursula Witt, Annelore Hanusch,
- zum 90. Sabine Nathan, Ursula Eberhard
- zum 91. Irmgart Tinz, Gerhard Hanusch
- zum 94. Ingeborg Schlag
- zum 100.! Gerhard Hiller

DEMO
19. MAI
12 UHR

Ein Europa für Alle

DEINE STIMME GEGEN NATIONALISMUS

ALEXANDERPLATZ BERLIN